

SPD, Grüne und die Friedensbewegung gegen die Nachrüstung

Am 18. und 19. März 2011 hat die Heinrich-Böll-Stiftung zu einem Workshop «SPD, Grüne und die Friedensbewegung gegen die Nachrüstung» im Archiv Grünes Gedächtnis in Berlin eingeladen. Der Workshop knüpfte an die im März des Vorjahres veranstaltete Tagung «Friedensbewegung und Zweiter Kalter Krieg. Europäische und transatlantische Perspektiven» an und warf die Frage nach Expertenkulturen und Gegenexpertise auf. Welche Rolle spielten Expert/inn/en und Gegenexpert/inn/en im widersprüchlichen rüstungs- und entspannungspolitischen Kontext des NATO-Doppelbeschlusses, in den Parteien und nicht zuletzt in der Friedensbewegung selbst? Der Ablauf des Workshops folgte dieser Differenzierung und behandelte in vier Sektionen zuerst die dem NATO-Doppelbeschluss vorausgehende Krise der Entspannungspolitik, fragte nach den unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzepten innerhalb der SPD, nach verschiedenen Ebenen, auf denen sich in der Friedensbewegung Gegenexpertise formierte, den Zusammenhängen zwischen Friedensbewegung und Friedenswissenschaft und der neuen Partei Die Grünen als Spielbein der Friedensbewegung.

Sektion 1: Von der Krise der Entspannungspolitik zum Nachrüstungsbeschluss

Zu Beginn referierte Oliver Bange, Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam, über die Entwicklung der Waffensysteme in den 1970er Jahren, den Wandel des Kriegsbildes und die Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen. Anhand militärischer Strategiekarten, welche nach 1990 in Archiven von Staaten des Warschauer Paktes zugänglich geworden waren, erläuterte er die Kriegsszenarien, auf die man sich angesichts des Wissens über die Waffenlage im Westen vorbereitete. Dieses neu erschlossene Archivmaterial zeigte, dass die östlichen Generalstäbe quasi zeitgleich über die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der westlichen Waffensysteme informiert waren. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Unterscheidung, was Vorrüstung und was Nachrüstung gewesen war, unscharf, weil die Aufstellung der SS 20-Raketen durch die Sowjetunion bereits als Reaktion auf die

in der Planung befindlichen neuen amerikanischen Waffensysteme Pershing II und Cruise Missiles gewertet werden können.

Im Anschluss stellte Julia Metger unter dem Titel «Moskauer Auslandskorrespondenten im Akteursdreieck zwischen deutscher Botschaft und sowjetischem Außenministerium» erste Ergebnisse ihres Dissertationsprojektes vor. Es ging ihr um die praktische Umsetzung der Politik und die besondere Rolle von Journalistinnen und Journalisten als politischen Akteuren im Ost-West-Konflikt. Letzteres veranschaulichte sie anhand von drei Beispielen: den Deutschen Fernsehtagen in Moskau im Juni 1973, der Auseinandersetzung um die inhaltliche Berichterstattung des ZDF-Korrespondenten Wolff im Jahre 1975 und den Schwierigkeiten bei der Aushandlung von Mehrfachvisa für Journalistinnen und Journalisten. Die Beispiele enthüllten eine Vielschichtigkeit der Kooperations- und Abgrenzungsversuche, die deutlich macht, dass es weder auf westlicher noch auf sowjetischer Seite ein simples Umschalten von einer Entspannungs- zu einer neuen Konfrontationspolitik gegeben hat.

In ihrem Vortrag «Gewerkschafterinnen und Frieden» nahm Sibylle Plogstedt den Faden beim Kriegsende 1945 auf, referierte über die Sorgen und Nöte der Bevölkerung, über das gewerkschaftliche Engagement allgemein und die persönlichen Erfahrungen von zwanzig Gewerkschaftsfrauen, die sie für eine Studie über die Geschichte der Frauen im DGB interviewt hatte. Durch die thematische Verbindung von Frauen, Gewerkschaften, Frieden und Geschichte der Bundesrepublik im Kalten Krieg war der Vortrag ein erhellender Beitrag zur Historisierung der Friedensbewegung der 1980er Jahre.

Sektion 2: Grüne

Martin Klimkes Vortrag «Sonne statt Reagan» beschäftigte sich mit der Rolle der sogenannten Grünen Raupe im Bundestagswahlkampf des Jahres 1983. Unter dem Slogan «Raupe frisst Birne» tourte die Grüne Raupe als fahrendes Politik- und Kulturprogramm im Vorfeld der Wahlen quer durch die Bundesrepublik. Die sich trotz professioneller Organisation in der Grünen Raupe manifestierende spontane Anti-Ästhetik und ein gewisser Anti-Professionalismus legten Zeugnis ab von einem Politikverständnis, das auf die Verbindung von lokalen mit überregionalen Künstler/innen und Themen sowie auf die Zugkraft von Emotionen in der Werbung um die Wählergunst setzte und damit die junge Partei nicht nur inhaltlich, sondern auch konzeptionell von den Wahlkampfstrategien der etablierten Parteien abhob.

Christoph Becker-Schaum beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Wechselbeziehung zwischen den Grünen und den parteipolitisch unabhängigen Friedensgruppen. Das produktive Reibungsverhältnis, in welchem beide Akteursgruppen in den Jahren 1980-1985 zueinander standen, bezeichnete er als eine wesentliche Sozialisierungserfahrung der sich formierenden und etablierenden Grünen. Unabhängige Friedensgruppen und Grüne verband häufig die Kritik an der auf zentrale Protestereignisse fokussierten Strategie von sozialdemokratischen und kommunistischen Gruppen in der Friedensbewegung. Beide unterstützten zudem häufig dezentrale Aktionen gewaltfreien zivilen Ungehorsams. Trotzdem wahrten die unabhängigen

Friedensgruppen gegenüber den Grünen, insbesondere gegenüber der Bundestagsfraktion, eine deutliche Distanz, um sich nicht vor den Karren grüner Entscheidungen spannen zu lassen.

Sektion 3: Friedensbewegung

Alexander Holmig untersuchte in seinem Vortrag «Sicherheitspolitik von unten – gewaltfreie Blockaden gegen nukleare Mittelstreckenraketen in Mutlangen 1983-1987» den Ort Mutlangen. Der steht sowohl für einen konsequent gewaltfreien Widerstand von Seiten der Protestierenden als auch für eine Kooperation des christlichen Spektrums mit eher säkular-liberal geprägten Gruppen. Protestantische Gruppen wie «Ohne Rüstung Leben» hatten in Mutlangen eine starke Präsenz. In der Abkehr von der Gewaltspirale der 1970er Jahre wurde die Rückkehr zu christlichen bzw. ethisch-moralischen Wertemustern konstatiert.

Im Anschluss stellte Achim Schmitz das Thema seiner Dissertation «Gewaltfreiheit trainieren – Institutionengeschichte von Strömungen, Konzepten und Beispielen politischer Bildung» vor. Trainings in gewaltfreier Aktion werden in der Friedenspädagogik und in Sozial- und Umweltbewegungen eingesetzt. Schmitz stellte u.a. die zentralen Methoden vor und lieferte Anregungen für Training und Ausbildung in gewaltfreiem Konfliktverhalten.

Corinna Hauswedell referierte über den Zusammenhang zwischen der Friedensbewegung und der Friedenswissenschaft und die Rolle des sogenannten Gegenexpertentums. Im Fokus stand hierbei die oftmals vernachlässigte Gruppe der Naturwissenschaftler/innen und Mediziner/innen und ihrer realistischen und wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit den Bedrohungsszenarien. Diese Szenarien haben mit dazu beigetragen, dass es bei einem *imaginary war* geblieben ist. Als wichtigen Beitrag der Friedenswissenschaft stellte Hauswedell zudem die Erarbeitung des Konzepts einer «Gemeinsamen Sicherheit» am Hamburger Institut für Friedens- und Konfliktforschung unter Leitung von Egon Bahr heraus.

Sektion 4: Auswirkungen in der SPD und Entstehung eines Gegenexpertentums

Zum Nachrüstungsstreit innerhalb der SPD referierte Jan Hansen, Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin: Auf einer Seite stand Helmut Schmidt mit dem konservativen Teil der Partei, der für die Verhandlungen und grundsätzlich für den Doppelbeschluss plädierte. Auf der anderen Seite stand der übrige Teil der SPD, der Abstand von den Gleichgewichts- und Abschreckungsstrategien verlangte und die Gefahr einer Eskalation sah. Die Debatte um den richtigen Weg zum Frieden polarisierte sowohl gesamtgesellschaftlich wie innerparteilich, führte aber nicht nur zu einem bloßen Nein zur Raketenstationierung, sondern zu alternativen Entwürfen wie z.B. dem Konzept der «Gemeinsamen Sicherheit» von Egon Bahr.

Der Politologe Wolfgang Biermann verband in seinem Vortrag sein Expertenwissen zu sicherheitspolitischen Fragen mit biografischen Erfahrungen aus der Zeit

der Nachrüstungsdebatte. Die SPD hatte ihn Anfang der 1980er Jahre als sicherheitspolitischen Berater des Parteivorstands eingestellt. Als Vertreter der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS) im Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung übernahm Biermann damit eine Vermittlerrolle zwischen der SPD und der Friedensbewegung. Es sei falsch, so Biermann, Helmut Schmidt einseitig als den großen Verfechter der Nachrüstung zu sehen. Schmidts Motive waren vielmehr die Beibehaltung des Abschreckungs- und Gleichgewichtsdenkens, die Fortsetzung der Rüstungskontrollen und eine nukleare Teilhabe. Was Schmidt aber übersehen hatte, war die neue Qualität des Wettrüstens.

Der Journalist und Friedensforscher Otfried Nassauer behandelte in seinem Vortrag die Besonderheiten der Friedensbewegung, das Gegenexpertentum und die Nachrüstungsdebatte. Vor allem beschäftigte ihn die Frage: Was wollten die SPD-Politiker, die über die Nachrüstung nachdachten? Für Nassauer bestand die Friedensbewegung der 1970er und 1980er Jahre aus drei Strömungen: kommunistische, kirchliche und Anti-AKW-Bewegung. Die Dynamik zwischen den Organisationsstrukturen entstand nicht nur aus der Verhandlung von parteipolitischen, sondern auch von Sachfragen wie z.B. dem Verhältnis zur Bürgerrechtsbewegung im Osten. Die Gegenexpertinnen und -experten der Friedensbewegung konnten durch ihre Rechercheergebnisse die atomaren Bedrohungsszenarien sichtbar machen, was Betroffenheit innerhalb der Bevölkerung auslöste. U.a. ging Nassauer auf die Rolle der Atomwaffen in den Kriegskonzepten der USA, speziell die Theorie des begrenzten Atomkriegs, und im Denken von Helmut Schmidt ein.

Zusammenfassung

Das Spektrum der diskutierten Fragen reichte von der sogenannten Fernsteuerung der Friedensbewegung über die Gewaltfreiheit des zivilen Ungehorsams bis zu den Nachwirkungen der Friedensbewegung für das Selbstbewusstsein der bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft und dem Anteil der Friedensbewegung an der Beendigung des Kalten Krieges.

Eine überwiegend jüngere Historikergeneration traf auf dieser Tagung mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zusammen, die in den 1980er Jahren als Gegenexperten der Friedensbewegung an der öffentlichen Meinungsbildung mitgewirkt hatten. Heute arbeiten die Zeitzeugen durchweg als Wissenschaftler/innen, zum Teil auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung. Für die Tagung war dies zweifellos ein Gewinn. Aber wie die Geschichtswissenschaft mit «Gegenexperten und Zeitzeugen» – rein hermeneutisch betrachtet – umgeht, das ist noch nicht ausdiskutiert.